

# Menschliche Entwicklung — Die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die Qualität des Lebens

## Sektion VI

VON GABRIELE DIETRICH

### 1. Die Problemlage

Kurz bevor ich zur Fünften Vollversammlung des ÖRK in Nairobi aufbrach, berichtete die *Deutsche Welle* über einen Kabinettsbeschuß der Bundesregierung, das Autobahnnetz bis 1985 zu verdoppeln. Gleichzeitig hörte man, daß das Netz der deutschen Bundesbahn um die Hälfte reduziert werden soll. Vor mir liegt eine ganzseitige Anzeige aus dem *Indian Express* vom 10. Dezember 1975 — dem Tag, an dem die Vollversammlung zu Ende ging — mit der fettgedruckten Überschrift: „What is good for the automobile industry is good for you“. Darin wird die Autoindustrie als die größte und vor allem profitabelste Industrie Indiens ausgewiesen, wesentlich für die Verteidigung, aber auch für die übrige Industrieproduktion. Gleichzeitig wird suggeriert: Das Auto ist kein Luxusartikel, sondern ein wichtiges Transportmittel für jeden. Man könne dies auch am Zuwachs der Autoproduktion in den sozialistischen Ländern, insbesondere der UdSSR ablesen. Auch für den Export ist die Autoproduktion sehr wichtig (wie übrigens auch die Produktion von Farbfernsehern). Dies alles in einem Land, in dem etwa 60 % der Bevölkerung unter der sogenannten Armutsgrenze leben, d.h. über weniger als diejenige tägliche Kalorienzufuhr verfügen, die nach den Richtlinien der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung einer „gemäßigten Aktivität“ erforderlich ist.

Der von engagierten Experten aus aller Welt zur 7. UN-Vollversammlung erarbeitete Dag Hammarskjöld-Bericht empfiehlt neben einer Obergrenze für den Fleisch- und Ölverbrauch auch die Abschaffung von Privatautos.<sup>1</sup> Der indische Wirtschaftswissenschaftler Samuel Parmar, der maßgeblich das Denken des ÖRK über Entwicklungsfragen beeinflusst hat, empfiehlt seit Jahren für Entwicklungsländer neben der Garantie von Mindesteinkommen auch eine Beschränkung für Höchsteinkommen und eine Umschaltung der Produktion von profitablen Luxusgütern auf wesentliche Konsumgüter für die Massen mittels einer arbeitsintensiven, kapitalsparenden Produktionsweise<sup>2</sup> sowie eine Ein-

schränkung des Rohstoffverbrauches in den reichen Ländern. Genug, sich vor Augen zu halten, daß das amerikanische Volk in der Dekade von 1959—68 mehr Rohstoffe verbraucht hat als alle Völker der Erde zusammen in der gesamten bisherigen Geschichte. Man schätzt, daß im Durchschnitt ein Amerikaner in seinem Leben ebensoviel Rohstoffe verbraucht wie 50 Inder.<sup>3</sup>

Die Meldung der *Deutschen Welle* und die Anzeige aus dem *Indian Express* umgreifen die ganze Spannweite des Themenbereiches der Sektion VI: Menschliche Entwicklung — die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die Qualität des Lebens. „Was gut ist für die Autoindustrie, ist gut für dich“, könnte auch ein bundesdeutscher Leitsatz sein und über kurz oder lang auch ein ostdeutscher oder sowjetischer. Die Autoindustrie als Schrittmacher menschlicher Entwicklung — ohne Zweifel offenbart sich hierin die Zwiespältigkeit der Technologie, die Ohnmacht der Konsumenten (oder wie in Indien erst recht der Nicht-Konsumenten) und die Unfähigkeit, die Frage nach der Qualität des Lebens überhaupt aufzuwerfen.

Es ist auch bezeichnend, daß die Sektion VI nicht gerade zu den überlaufensten gehörte. Auf der dritten Vorbereitungstagung in Arnoldshain stellte sich heraus, daß Prof. Dr. Grohs als erster deutscher Delegierter für diese Sektion gewonnen werden konnte. Auch politisch engagierte Teilnehmer neigten eher dazu, sich den Befreiungsbewegungen in Sektion V oder den Bemühungen um neue Erziehungskonzepte in Sektion IV zuzuwenden. Vermutlich liegt das daran, daß man die Last der Problemstellung in Sektion VI als zu drückend empfand. Mit Erziehungsfragen ist jeder von uns täglich konfrontiert. Befreiungsbewegungen lassen sich als exemplarische, historisch und geographisch halbwegs überschaubare Phänomene des Zeitgeschehens zur Kenntnis nehmen. In der Stellungnahme zu ihnen kristallisieren sich verhältnismäßig klare politische Fronten. Wenn es dagegen um das ökologische Gleichgewicht, um Technologie, die Weltwirtschaft oder Atomenergie geht, fühlt man sich leicht von den überdimensionalen Proportionen der Probleme erdrückt, neigt dazu, sie den „Experten“ zu überlassen und schreckt davor zurück, die Frage nach der Macht auch nur ernsthaft zu stellen. Verlust von Lebensqualität ist mit eben dieser Ohnmacht verbunden. Sie drückt sich aus in Neurosen, Selbstmordziffern, Krebstoten, gleichzeitig aber auch in zahllosen Hungertoten, in Dürrekatastrophen und vermeidbaren Seuchen.

Auf der menschlich-individuellen Ebene läßt sich die Verbindung zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen menschlicher Ohnmacht noch herstellen. Wenn westliche Jugendliche als „dropouts“ Konsumverweigerung betreiben, während anderswo jemand in einen Brunnen springt, weil er seine Familie nicht mehr ernähren kann, so ist sonnenklar, daß für den ersten weniger mehr ist,

während für den zweiten etwas mehr den Unterschied von Leben und Tod ausmacht. Ein Teil der „Entwicklungseuphorie“ von Uppsala, die in Nairobi bisweilen beschworen wurde, während man der Zähflüssigkeit des kollektiven Lernprozesses Herr zu werden versuchte, beruhte noch auf dem Versuch, diese Erscheinungsformen der Ohnmacht miteinander in Beziehung zu setzen, Umverteilung durch Entwicklungshilfe zu betreiben und so beiden Seiten zu helfen. Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß solche direkten Lösungen nicht möglich sind.<sup>4</sup> In den reichen wie in den armen Ländern selbst müssen die Machtstrukturen verändert werden, und gleichzeitig müssen die Beziehungen der Länder untereinander tiefgreifend umgestaltet werden. Das wird erschwert durch die Verflechtungen der multinationalen Konzerne, durch militärisch-industrielle Interessen und das Kräftespiel der Machtblöcke.

## 2. Die Arbeitsweise

Schon aus dieser Problemlage wird deutlich, daß es sich in Nairobi im Blick auf Sektion VI in erster Linie nur um Bestandsaufnahme handeln konnte. Lösungen ist man am ehesten dadurch näher gekommen, daß man den Enthusiasmus der vergangenen Jahre unter den Bußrufen im Angesicht sich anbahnender Zukunftsverhängnisse zu Nüchternheit gerinnen ließ. Allerdings hat auch diese Bestandsaufnahme durchaus verschiedenen Ausdruck gefunden, je nachdem ob man die vom Weltrat im Laufe der Jahre erarbeiteten Materialien, die in Nairobi zum Thema gehaltenen Referate oder die Gruppenarbeit der Sektion, teilweise in Sub-Sektionen, zugrunde legt. Dahinter stehen drei verschiedene Personenkreise: der Genfer Stab, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Politik und Wissenschaft und die gemischte Gruppe der Delegierten und sonstigen Vollversammlungsteilnehmer.

Praktisch war die Arbeit der Sektion in vier Untergruppen aufgeteilt, die über die Themen „Entwicklung“, „Technologie“, „Macht“ und „Lebensqualität“ arbeiteten. Eine derartige Unterteilung war zwar notwendig, um in überschaubaren Gruppen zu arbeiten, brachte aber die Gefahr mit sich, die verschiedenen Bereiche voneinander zu isolieren. Man kann dann all diese Einzelprobleme ziemlich „technokratisch“ diskutieren, die politischen Aspekte der Subsektion über „Macht“ überlassen und auch da kann man noch versuchen auf positivistisch-deskriptive Weise zu „objektivieren“, ohne wirklich politische Optionen zu diskutieren. Das liegt u. a. daran, daß man in dieser Sektion in allen vier Untergruppen Wertfragen diskutierte, die von weitreichendster Bedeutung für die Zukunft der Menschheit sind, ohne dabei ideologische Zusammenhänge zu durchdenken. Man bewegt sich dann zwischen der Fiktion wissenschaftlicher Wertfreiheit, unverbindlichem Pluralismus und christlichem Moralismus. Es ist dabei ohne Zweifel ein handicap, daß die Ideologien immer noch als eine Art

Pseudo-Religionen im Dialog-Programm in der Einheit „Glauben und Zeugnis“ abgehandelt werden. Das ist zwar historisch verständlich aus einer Zeit, in der man Ideologien in erster Linie als „Weltanschauungen“ in Konkurrenz zum christlichen Glauben ansah und den Glauben als Kritik aller Ideologie.<sup>5</sup> Inzwischen ist das Bewußtsein über ideologische Implikationen von Theologie sowie das Verständnis von Ideologien als säkularen Sinn-Systemen gewachsen, die mit bestimmten Methoden von Gesellschaftsanalyse und mit der Formulierung von Zielsetzungen verbunden sind und nicht notwendig im Gegensatz zum christlichen Glauben stehen. Es ist daher dringend nötig, die Frage der Ideologie im Zusammenhang von „Kirche und Gesellschaft“ aufzuwerfen und bestimmte Methoden der Gesellschaftsanalyse, wie etwa die positivistische, die liberale oder die marxistische, in ihrem Zusammenhang und in ihrer Tragweite zu erkennen und gegebenenfalls zumindest bewußt und verantwortet zu gebrauchen.

Das allgemeine methodologische Dilemma der Ökumene, das sich keineswegs nur in Sektion VI niederschlug, ergibt sich unvermeidlich aus ihrer Geschichte. Die meisten der hier angesprochenen Themenbereiche – Entwicklung, Technologie, vollends die Fragen der Macht und der Lebensqualität, aber auch die nach den Ideologien – sind der ökumenischen Bewegung erst seit der Genfer Konferenz 1966 zugewachsen. Die Kommission für kirchlichen Entwicklungsdienst (CCPD) hat erst Anfang der siebziger Jahre zu arbeiten begonnen. Die Technologie-Diskussion, wie sie exemplarisch in „anticipation“ dokumentiert ist, war völliges Neuland. Die Einbeziehung von Ideologien ins Dialog-Programm ereignete sich 1971. All diese neuen Arbeitsvorhaben mußten eingegliedert werden in eine bürokratische Struktur, die primär aus dem Bemühen um konfessionellen Brückenschlag und um Zeugnis weitgehend im karitativ-traditionellen Sinne hervorgegangen ist. Sowohl die wissenschaftlichen wie die politischen Implikationen dieser neuen Arbeitsfelder haben sich auf die Organisationsformen und Arbeitsweisen der Bewegung in ihrer vollen Tragweite noch kaum ausgewirkt. Erschwerend kommt hinzu, daß viele Kirchen davor zurückschrecken, sich einer so weit ausgreifenden Problematik mit allen Konsequenzen zu stellen. Gleichzeitig macht schon die Finanzlage des ÖRK deutlich, daß Phantasie für die Integration dieser Themen und Aufgaben vor allem an der Basis – d.h. in Aktionsgruppen – wird entwickelt werden müssen. Es steht zu hoffen, daß dann nicht mehr die Publikationen des ÖRK als einsamer Ausdruck christlichen Avantgardismus verstanden zu werden brauchen, sondern daß der Weltrat selbst mehr Anregungen als bisher für die Integration seiner verschiedenen Anliegen aus der Praxis erhält. Feedback von Aktionsgruppen nicht nur nach Genf, sondern vor allem auch in die verfaßten Kirchen wird ein Problem der kommenden Jahre sein, das bewußt und strategisch angegangen werden muß.

### 3. Umkehr

Alle Referate, die einen Bezug auf Themen der Sektion VI hatten, riefen zur Umkehr.<sup>6</sup> Hierin befanden sie sich in gewissem Einklang mit den sich abzeichnenden Veränderungen in den Vereinten Nationen und sogar der Weltbank, wenn auch zwischen den Absichten und Zielsetzungen des ÖRK und dieser Institutionen entscheidende Differenzen bestehen.<sup>7</sup> Schon in der Rede des Generalsekretärs wurde der ganze Katalog der „threats to human survival“ (Bedrohungen menschlichen Überlebens) vor dem Plenum ausgebreitet: Erschöpfung von Naturvorkommen, Grenzen des Wachstums, Bevölkerungsexplosion, Ernährungskrise, Militarismus, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung etc. Als die wohl ernsteste Bedrohung charakterisierte Philip Potter die sich erweiternde Lücke zwischen Armen und Reichen sowohl innerhalb der Nationen wie zwischen den Nationen. Damit ist deutlich, daß die tiefen Ursachen dieser Bedrohungen Ungerechtigkeit und Ungleichheit sind und daß es enormer Anstrengungen bedarf, um die Strukturen zu verändern, die diese Ungerechtigkeit zementieren: „Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Bedrohungen menschlichen Überlebens die Resultate menschlicher Entscheidungen und Aktionen sind.“ Damit sind die beiden Hauptaufgaben angesprochen: die Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems und die Kontrolle der technologischen Entwicklung. Während für den Angriff auf das erste Problem zumindest Ansätze sich abzeichnen, wie man aus der 7. Außerordentlichen Vollversammlung der UN, der Tagung der 77 Ende Januar 1976 in Manila oder der bevorstehenden UNCTAD-Konferenz in Nairobi sehen kann, ist es um die Kontrolle der Technologie noch schlechter bestellt. Es bleibt vor allem beim Postulat: „Sogar die Weisen der Wissenschaft und Technik erkennen heute, daß man solche Dinge wie Kernenergie, Genetik und Planung nicht länger den Regierungen und anderen Machteliten überlassen kann. Die Menschen selbst sollten befähigt werden, die Fragen, um die es geht, genau zu kennen und sich zu den möglichen Alternativen zu äußern.“<sup>8</sup>

Praktisch stehen wir hier vor drei Schwierigkeiten: 1) Es fehlt an Information über technologische und naturwissenschaftliche Entwicklungen, um eine breite Meinungsbildung zu ermöglichen. 2) Es fehlt an Organisationsformen, die solche Information und Meinungsbildung möglich machen und vor allem Druck ausüben können auf Regierungen und Machteliten.<sup>9</sup> Hier sind Untersuchungen über multinationale Konzerne und über den militärisch-industriellen Komplex von großer Wichtigkeit. Die beiden diesbezüglichen neuen Projekte des ÖRK verdienen daher Aufmerksamkeit und Engagement. 3) Massenmobilisierung zwecks Machtkontrolle ist politisch suspekt. In den Worten Potters: „Es kann daher nicht ausbleiben, daß die immer vernehmbarere Forderung nach Beteiligung an den Entscheidungen auf Widerstand stößt und daß man diejenigen,

die sich für diese Beteiligung einsetzen, immer häufiger einer linksgerichteten ideologischen Motivation bezichtigt. Interessant ist dabei die Feststellung, daß man in Ländern, die offiziell als ‚linksgerichtet‘ gelten, die Forderung nach Partizipation unterdrückt, weil man ‚rechtsgerichtete‘ Tendenzen befürchtet.“<sup>10</sup>

Potter war der einzige Referent, der die politische Seite des Technologie-Problems wenigstens ansatzweise zur Sprache brachte. Charles Birch zeigte in seinem Referat über „Schöpfung, Technik und Überleben der Menschheit“ zwar die eklatanten Ungerechtigkeiten zwischen armen und reichen Ländern in der Rohstoffnutzung auf und kennzeichnete das Hoffen auf technokratische Lösungen als Cargo-Kult, gipfelte aber lediglich in dem – wenn auch mit eindrucksvoller Integrität vorgetragenen – Aufruf: Die Reichen müssen einfacher leben, damit die Armen einfach leben können. Dieser Entschluß zum einfachen Leben wurde mehr auf der Ebene ethischer Maxime verhandelt, und folgerichtig wurde die Umweltkrise nicht nur als ein technisches, sondern auch als ein metaphysisches Dilemma beschrieben. Das ist zwar richtig, aber man darf hier nicht stehenbleiben.

Man stelle sich nur vor, die Bundesregierung würde unter einer Eingebung des heiligen Geistes das Nullwachstum oder gar eine einschneidende Senkung des Lebensstandards propagieren, und zwar nicht auf Kosten der sozial schwachen Schichten: die sich ergebenden Probleme wären bestimmt nicht in erster Linie technischer oder metaphysischer Art. Konsumsenkung in den reichen Ländern kann nur im Verband mit Fragen industrieller Profite, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Überwindung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und demokratischer Planung aufgeworfen werden.<sup>11</sup> Erschwerend tritt hinzu, daß die sozialistischen Länder Osteuropas in Fragen des Konsums, der Technologie und des Verbrauchs von Naturvorkommen oftmals den Wettbewerb mit dem Kapitalismus mit vulgär-marxistischem Fortschrittsglauben verbinden. Militärisch-technologische Abhängigkeiten und zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen tun ein übriges. Die sozialistischen Länder Asiens wie China, Vietnam, Nordkorea blieben in Nairobi im allgemeinen außerhalb des Spektrums.

Der zweite große Problemkreis der Sektion, Weltwirtschaft und Entwicklungskonzepte, wurde vor allem in den beiden Hauptreferaten im Sektionsplenum angesprochen. Der niederländische Entwicklungsminister Jan Pronk legte die Perspektiven einer neuen Weltwirtschaftsordnung (New International Economic Order, NIEO) dar, während der indische Wirtschaftswissenschaftler S. L. Parmar vor allem die Inhalte eines wünschbaren Entwicklungskonzeptes für die unterentwickelten Nationen der Dritten Welt zur Diskussion stellte. Auf der 7. Außerordentlichen Vollversammlung der UN hatten sich wesentliche Verhandlungen zwischen der Gruppe der 77 (inzwischen 108 Entwicklungsländer)

und der WEO-Gruppe (West-European and Other Countries) abgespielt; Jan Pronk war der Vorsitzende des Hauptausschusses gewesen, hat also von Berufs wegen die stärkste Motivierung, an die Perspektiven der neuen Weltwirtschaftsordnung zu glauben. Wie Potter bezeichnet auch er die wachsende Ungleichheit zwischen reichen und armen Ländern als Hauptproblem, ferner sieht er als maßgebliche Dilemmas die Verknappung materieller Ressourcen, die internationale Rezession sowie den Mangel an politischem Willen, diese Probleme zu lösen. Die Diagnose lautet: Das bestehende Weltwirtschaftssystem muß überwunden werden, weil es zu wachsender Ungleichheit und zur Vergeudung natürlicher Ressourcen geführt hat. Das neue System soll nicht nur neue politische Ziele setzen, sondern vor allem die Umstrukturierung der Machtverhältnisse zum Inhalt haben und in diesem Prozeß neue Entscheidungsstrukturen und Institutionen hervorbringen. Die neuen Ziele umfassen selektives (d. h. an Grundbedürfnissen orientiertes) Wachstum, weltweite Umstrukturierung der Produktion (gerechte, funktionale Arbeitsteilung), der Handelsbedingungen, der Währungssysteme, Schaffung von Nahrungsmittelreserven und einer Technologie, die den ökologischen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßt ist. Am einschneidendsten dürfte das Antasten der nationalen Souveränität sein: die Außenpolitik soll nicht wie bisher am Eigeninteresse, sondern an Abrüstung, Frieden, Dekolonisierung und Nicht-Intervention ausgerichtet sein. Institutionell erfordert dies eine erhebliche Stärkung der UN, die Schaffung von extranationalen Institutionen mit beratender, ausführender und kontrollierender Macht, die Abschaffung des Prinzips der nationalen Souveränität und Kontrolle über multinationale Konzerne. Unter Voraussetzung des politischen Willens – dies ist auch in Pronks Sicht eines der Hauptprobleme – wäre eine solche Umstrukturierung im Zeitraum von zehn Jahren möglich.

Samuel Parmar legte den Finger sogleich auf eben diese Wunde. Er nahm seine seit der Entwicklungs-Konsultation in Montreux 1970 klassisch gewordene Definition von Entwicklung als sozialer Gerechtigkeit, Selbständigkeit (self-reliance) und wirtschaftlichem Wachstum zum Ausgangspunkt und entwickelte sie weiter, indem er soziale Gerechtigkeit und self-reliance zu Voraussetzungen und Kriterien für wünschbares Wachstum erhob. Von hier aus kritisierte er die Bemühungen um die NIEO schon im Ansatz. Der Nachdruck auf Interdependenz verschleierte, daß es um gerechte Aufteilung von Ressourcen geht. Von jeher haben die reichen Nationen die Entwicklungsländer unter dem Schirm der Interdependenz ausgebeutet, und die Forderungen der Gruppe der 77 sind heute bezeichnenderweise keine anderen als die seit 1964 immer wieder formulierten und seit 1968 prinzipiell von den entwickelten Ländern anerkannten. Solange der „Süden“ keine wirksamen Druckmittel zur Verfügung hat, besteht wenig Aus-

sicht auf Änderung. Es besteht auch ein grundlegender Interessenkonflikt zwischen Nord und Süd im Blick auf die NIEO. Während die Entwicklungsländer wirtschaftliche Gerechtigkeit fordern, wollen die reichen Länder Stabilisierung ihres Wachstums und ihres Einflusses. Dazu kommt ein schmerzhafter Widerspruch zwischen den internationalen Forderungen der Entwicklungsländer und ihrer eigenen inneren Struktur, die doch nur die Pyramide der internationalen Ausbeutung reproduziert. Parmar warnt davor, die Hoffnungen auf eine neue Weltwirtschaftsordnung zur Ausflucht vor einschneidenden inneren Strukturveränderungen zu benutzen. Blickt man auf die Gruppe der 77 unter der Führung ihres neuen Präsidenten, des philippinischen Außenministers, oder das gegenwärtig (Anfang Februar) stattfindende ASEAN-Treffen, so gibt das sich bietende Bild Parmars Befürchtungen nur allzu recht. Dazu gesellt sich im Hintergrund das Donnergerollen von Kissingers Warnungen an die Gruppe der 77, von Druckmitteln im wohlverstandenen Eigeninteresse besser abzusehen.

Parmar schließt mit einem moralischen Appell und mit einer politischen Note. Man muß das Leiden vermindern. Niemand soll seinen Wohlstand vermehren, solange nicht jeder das Nötigste hat. Dies würde heißen, daß die NIEO nicht so sehr eine äußerste Anspannung der materiellen, sondern vor allem der spirituellen Ressourcen der Menschheit erfordert. Dies gilt für nationale ebenso wie für internationale Entscheidungen. – Politisch heißt dies Umwandlung der Machtlosigkeit durch Organisation der ausgebeuteten Massen. Das heißt: Absage an den Kapitalismus und Schaffung eines an den Bedürfnissen des Volkes orientierten Sozialismus, wie Parmar schon zu Anfang seines Referates ausführte.

Natürlich fuhr den meisten Teilnehmern, insbesondere den nordatlantischen, angesichts solch radikaler Töne der Schrecken in die Glieder. Schon Michael Manley, der Premierminister von Jamaica, hatte im Plenum den Kapitalismus als die Grabstätte menschlicher Integrität beschrieben, die neokolonialen Abhängigkeiten gebrandmarkt, Überwindung des parlamentarischen Systems durch neue Formen der Beteiligung des Volkes gefordert, die neue internationale Wirtschaftsordnung heraufbeschworen, der Dringlichkeit der Befreiung Nachdruck verliehen und schließlich die Kirchen zu aktiver Mitwirkung an den neuen Zielen aufgerufen.

Da der Großteil der Anwesenden diese Zielsetzungen sowieso nicht teilte, konnte man sich in Diskussionen damit begnügen, den moralischen Gehalt der Forderungen zu isolieren und zu reproduzieren, während man sich auf politische Fragen – Möglichkeiten eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus, etwa das Scheitern des chilenischen Modells, die Lage in Südeuropa (Spanien, Portugal, Italien) oder das Problem der zahlreichen Regime mit Standrecht in Entwicklungsländern – nicht einzulassen brauchte.

#### 4. Moralismus und Ohnmacht

Hier liegt eine der Hauptschwierigkeiten der ökumenischen Bewegung, sowohl im Weltrat wie, in wohl noch stärkerem Maße, in Mitgliedskirchen und Gemeinden: Man geht von theologischen Aussagen aus – „Jesus Christus befreit und eint“ – und sieht sich dann mit der Schwierigkeit konfrontiert, sie in der sozialen, politischen und ökonomischen Wirklichkeit glaubwürdig zu machen. Dabei ist es nur zu leicht möglich, auf halbem Wege stehenzubleiben. Gerade das lutherische Erbe leiht sich dazu, denn natürlich geht es ja nicht um Werkgerechtigkeit und Selbstrechtfertigung, sondern um Gnade und Glauben als Gewißheit wider allen Augenschein. – Wieviel Sichtbarmachen der Gnade, Liebe und Gerechtigkeit Gottes möglich und nötig ist, darum geht im Grunde auch die mitunter unsinnig anmutende Auseinandersetzung um „vertikal“ und „horizontal“, die allerdings glücklicherweise im Begriff ist, überwunden zu werden. Langsam zeichnet sich ab, daß alles nötig ist, was menschenmöglich ist, und daß die Verheißungen Gottes uns ermutigen, auch das Unmögliche zu denken und zu versuchen.

In den Problemstellungen der Sektion VI begegnen wir der säkularen Gestalt der Hoffnung, daß es um Heil und Leben der ganzen Menschheit geht. Die Kirchen erliegen nur zu leicht dem Mißverständnis, sich als Sachwalter nicht nur der Verheißung, sondern der Befreiung selbst zu sehen. Das heißt nun keineswegs, daß sie deswegen ihre Glieder ermutigten, sich zu radikalieren und mit denjenigen politischen Kräften zusammenzuarbeiten, von denen man nach sorgfältiger, aktionsorientierter wissenschaftlicher Analyse einen Beitrag zur Strukturveränderung erwarten könnte. Im allgemeinen wird lediglich der Anspruch erhoben, daß alles, was die Kirchen in bester Absicht tun – im Bereich der Sektion VI wird es sich z. Z. vor allem um Entwicklungshilfe handeln – per se zur Befreiung beitrüge. Das läßt sich verhältnismäßig mühelos damit vereinbaren, daß man Kirchenmitglieder oder gar Pastoren, die man meint als „links“ einstuft zu müssen, isoliert, bekämpft oder sogar an der Berufsausübung hindert. Hier liegt die Kluft zwischen der sozialdemokratischen Programmatik in einigen der Hauptreferate von Nairobi und der bundesdeutschen Wirklichkeit.

Dabei sehen sich selbst Weltbankexperten schon gezwungen, dem Luxuskonsum den Kampf anzusagen, die freie Marktwirtschaft als gescheitert zu diagnostizieren, die Mischwirtschaft in vielen Dritte-Welt-Ländern als das Schlimmste beider Welten zu charakterisieren, die Grenzen des Wachstums ins Auge zu fassen und dem Liberalismus einen wehmütigen Abschied zu geben.<sup>12</sup> Aber seit der Verdrängung Eppers ist das Bewußtsein über Fragen der Entwicklungspolitik, der Technologie und der Ökologie in der Bundesrepublik wieder weit hinter den Stand kritischer Geister in den internationalen Organisationen zurückgefallen.

Aus einem Vergleich mit dem Nachbarland Holland oder mit Skandinavien geht man nicht sehr ansehnlich hervor.

Eine Kritik der internationalen Organisationen wie die Parmars nimmt sich demgegenüber nachgerade als Tollkühnheit aus. Wer gar über Parmar hinausgehend versuchen sollte, den Ruf nach radikaler Strukturveränderung in politischen Aktionen zu konkretisieren, verschwindet leicht als Verfassungsfeind in der Versenkung.

Unter diesen Umständen gerät das Anprangern der Ungerechtigkeit, sofern man überhaupt soweit geht, leicht zur moralistischen Attitüde. Die wenigsten meinen wirklich eine Umstrukturierung von Machtverhältnissen. Diese Schwäche ist auch in den Publikationen des Weltrates zu Entwicklungsfragen schon angelegt.<sup>13</sup> Dickinson in seinem Überblick über die Entwicklungsdebatte unterscheidet zwischen vier Ansätzen: dem kapitalistischen, dem der Vereinten Nationen, dem zum Sozialismus tendierenden Strukturveränderungs-Ansatz und dem an Paulo Freire orientierten Conscientization-Ansatz. Dabei gerät er in die Gefahr, den letzteren gegen alle anderen auszuspielen, so daß Bewußtseinsbildung nicht integraler Bestandteil, sondern Ersatz für sozialistische Strukturveränderung zu werden droht. Kritische Stimmen aus der Dritten Welt in derselben Publikation setzen da kritischere Akzente (de Santa Ana, Tolen, Parmar). Aber wenn man den Bericht der Sektion VI in Nairobi liest, wird einem deutlich, daß es von moralischer Verantwortung zur Veränderung von Machtstrukturen ein unerhört weiter Weg ist.

Die theologischen und ethischen Motivierungen, die hier zum Ausdruck gebracht werden, sind zutiefst ernst zu nehmen, wenn anders man nicht alle Hoffnung auf Veränderung begraben will, denn sie haben einen christozentrischen Angelpunkt und sind authentischer Ausdruck des Glaubens an Christus als Befreier. Aber die sich anbahnende Umwertung der Werte wird Schwungkraft nur entwickeln können, wenn sie nicht folgenlos bleibt, sondern in politische Prozesse umgesetzt wird. Hierfür gibt es nur wenige Ansätze. Am ehesten findet man sie wohl noch in den kleinen Gruppen, die als Partner der CCPD in verschiedenen Dritte-Welt-Ländern Gemeinwesenarbeit betreiben oder in der Arbeit des kirchlichen Dienstes in der industriellen und urbanen Gesellschaft, insbesondere der Asiatischen Christlichen Konferenz, stehen. Hiervon nimmt man in den westlichen Kirchen wenig zur Kenntnis, obwohl ein guter Teil dieser Arbeit durch die CCPD dokumentiert ist. Ähnliches gilt für die Christen für den Sozialismus, insbesondere in Lateinamerika und Südeuropa.

Daß die CCPD dabei nicht wildem Revoluzzertum verfallen ist, geht schon daraus hervor, daß sie gleichzeitig Gespräche mit christlichen Unternehmern organisiert oder eine Development Cooperative Society begründet, von der zu

günstigen Bedingungen Darlehen an Kooperativen wirtschaftlich schwacher Bauern vergeben werden sollen. Aber selbst vor Beteiligung an einem Unternehmen wie dem letztgenannten schreckt man in den westdeutschen Kirchen noch zurück.

Zweifellos hat diese Lähmung, in der sich Ohnmacht ausdrückt, zutiefst mit Angst zu tun. Das ist ganz legitim, denn die gegenwärtige Weltlage ist beängstigend und auch die Freiheit, zu der Christus befreit, kann es einem gelegentlich angst werden lassen, wenn man sich auf sie einläßt. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die bundesdeutschen Ängste weder dem Bewußtsein um den ersten noch um den zweiten Sachverhalt entspringen. Sie kommen eher aus einer Nabelschau, einem Provinzialismus und einer antikommunistischen Fixierung, die kreatives Denken in die Zukunft innen- wie außenpolitisch unmöglich machen. Die Kirchen haben dagegen keine prophetische Kritik erhoben, sondern sich den Bewegungen politischer und intellektueller Rezession und Stagnation getreu angepaßt.

Gesonderte Erwähnung verdient die Diskussion um die Lebensqualität, die sich völlig in der Spannung zwischen Konsumterror in der überentwickelten Welt und Hunger in den armen Ländern konzentrierte und gegen dieses Dilemma spirituelle Ressourcen zu mobilisieren suchte. Dabei blieben anscheinend eine große Zahl konkreter Fragen außerhalb des Blickfeldes, jedenfalls sind sie im Bericht nicht anzutreffen. Man vermißt z. B. die Suche nach alternativen Formen des Zusammenlebens, die repressive Familienstrukturen überwinden helfen und ein freieres Zusammenleben von Männern, Frauen, Kindern, Jungen und Alten ermöglichen. Man vermißt die Frauenfrage, deren Lösung doch tiefgreifenden Einfluß auf die Lebensqualität sowohl im ökonomisch-politischen wie im sozialpsychologischen Bereich hat. Man vermißt die Suche nach der Überwindung des Bildungsprivilegs, nach neuen Formen und Inhalten geistiger Arbeit und ihre Integration mit anderen Produktionsprozessen. Man vermißt die Auseinandersetzung mit Problemen der Informationstechnologie, die Abstumpfung durch ständige Reizüberflutung erzeugt und damit Lernprozesse und Willensbildung eher hemmt als fördert.

##### *5. Hungern und Dürsten nach Gerechtigkeit – „Spiritualität zum Kampf“*

Die Problemstellungen der Sektion VI fanden wenig theologischen Ausdruck. Ein konsistenter theologischer Ansatz ist in der Technologie-Debatte anzutreffen, wo mit Hilfe amerikanischer Prozeß-Theologen an einer Ökologie-gerechten Schöpfungstheologie gearbeitet wird. Die Subsektion über „Macht“ diskutierte ansatzweise eine christozentrische Befreiungstheologie. Eine theologische Studie der CCPD erschien erst während der Vollversammlung und hatte daher auf die Arbeit der Sektion VI keinen Einfluß. Wie weit man von gelebter Be-

freierungstheologie entfernt ist, ging aus den zahlreichen Mißverständnissen um das von M. M. Thomas vorgetragene Konzept einer „Spiritualität zum Kampf“ hervor. Der Spiritualität-Workshop wunderte sich, über welchen „Kampf“ M. M. Thomas denn nur rede. Vielen erschien die Terminologie zu kriegerisch.<sup>14</sup> Ruft man sich jedoch die weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit ins Gedächtnis, die in Sektion VI zur Debatte standen, und nimmt man die zahlreichen Rufe nach Mobilisierung spiritueller Ressourcen im Sektionsbericht ernst, so ist „Spiritualität zum Kampf“ offenkundig das theologische Stichwort dieser Sektion. Wenn die meisten sich unter diesem Stichwort so wenig vorstellen konnten, so zeugt das von Entfremdung von kämpferischem Engagement und von theologischer Austrocknung. Natürlich kommt hinzu, daß diese Spiritualität aus der Erfahrung lebt und sich eher in Fragmenten und Pamphleten, in Kommunion und Aktion ausdrückt als in systematischen Beschreibungen und Analysen.

Vor mir liegt ein Gedicht<sup>15</sup> des philippinischen Priesters Edicio de la Torre, das dieser im Gefängnis schrieb, nachdem er Weihnachten 1974 (er war im November aus dem Untergrund verhaftet worden) gegen Folterungen politischer Gefangener in den Hungerstreik getreten war. Dies ist gelebter theologischer Ausdruck des Kampfes um Gerechtigkeit und Lebensqualität: „Spiritualität zum Kampf“.

Hungern und Dürsten nach Gerechtigkeit

Nie zuvor war ich so hungrig,

Schmerz verbrennt meine Eingeweide, versengt meinen Rücken.

Nahrung ist doppelt köstlich:

tuyo oder knusprige pata,

Maissuppe und sinigang,

ein turo-turo-Mahl ist ein Bankett.

Nach Gerechtigkeit hungern,

nach ihr schmerzen, wie nach Nahrung,

rasend nach dem Leben selbst.

Wie lange können Menschen leben, ohne zu essen?

Zwei Wochen, sagt man, oder mehr.

Aber wäre das Leben?

Zu schwach, vom Schlaf aufzustehen,

Bibel und Zeitung zu lesen,

mit Sinn und Schönheit zu schreiben,

die Welt zu meistern und miteinander zu teilen,

in der Sonne zu singen?

Wie lange können Menschen leben ohne Gerechtigkeit?

Können wir sie weiter vertrösten,

während wir schwerwiegende Probleme wälzen,  
die komplex sind, wie wir sagen, und zeitraubend,  
die nicht überstürzt werden können,  
weil wir fürchten, einseitig zu sein  
etcetera?

Selig, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit,  
denn sie sollen gesättigt werden.

Aber wann, Herr, und wie?

## 6. Was tun?

Es ist offenkundig, daß in Nairobi trotz aller Mühsal und Zähflüssigkeit der Vollversammlung<sup>16</sup> Lernprozesse stattgefunden haben, die weitergetragen werden müssen. Die ökumenische Bewegung ist in eine Phase eingetreten, in der die „Basisarbeit“, d. h. Arbeit in Ortsgemeinden, aber auch Arbeit in informellen Gruppen sowie Öffentlichkeitsarbeit, wie sie z. B. im Zusammenhang mit dem Antirassismus-Programm entwickelt wurde, von zunehmender Bedeutung sein wird. Es ist unverkennbar, daß die vom ÖRK erarbeiteten Materialien bislang bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Gruppen mit beschreibbaren Arbeitsvorhaben sollten sich darum unbedingt an die entsprechenden Kommissionen um Rat wenden. Was den Themenbereich der Sektion VI angeht, so ist Arbeit auf verschiedenen Ebenen denkbar:

1. Im Blick auf die Ökologiedebatte wie auf Entwicklungsfragen besteht in der Bundesrepublik ein Bewußtseinsrückstand erstaunlichen Ausmaßes. Für die Aufarbeitung dieses Rückstandes gibt es viele Anregungen von Aktionsgruppen in Holland und Skandinavien. Beispiele wie die Schweizer Aktion „Nestlé tötet Babys“ zeigen eine wichtige Akzentverschiebung im Engagement für die Dritte Welt. Weg vom „Hilfs“-Ansatz hin zum Kampf gegen ausbeutende Institutionen in der eigenen Gesellschaft. Da mit dieser Wendung (z. B. pharmazeutische Industrie) auch das Problem eigener Arbeitsplätze verbunden ist, wird hier die eigene Verstrickung in ausbeuterische Strukturen exemplarisch deutlich.

2. Wer von Strukturveränderung redet, muß auch bereit sein, unliebsame politische Schritte zu tun. Es geht daher auch darum, diejenigen zu schützen, die ihr Gewissen zu einem radikalen politischen Engagement treibt. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob die Kirchen für Respektierung der Menschenrechte und gegen das Berufsverbot eintreten oder ob sie sich an Repression anpassen und sie selbst praktizieren. Gruppen wie „Freiheit für Wort und Dienst“ und „Kirche in der Verantwortung“ können dazu beitragen, das Gewissen der Kirchen in diesem Punkt zu schärfen.

3. Die oben (S. 237) im Zusammenhang mit Fragen der Lebensqualität angeschnittenen Probleme: Formen des Zusammenlebens, Frauenbefreiung, Vergesellschaftung des Bildungsprivilegs etc. bieten eine Fülle von Ansätzen zu Experimenten in der eigenen Gesellschaft, die vor allem Gelegenheit bieten, mit säkularen kritischen Gruppen zusammenzuarbeiten und zu experimentieren. „Jesus Christus befreit und eint“ heißt auch: Sieg der Phantasie über die Angst.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Siehe epd Entwicklungspolitik 10/75, S. 29 b und 60–62.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. ebda. S. 25–29 a.

<sup>3</sup> Siehe „anticipation“ Nr. 14, August 1973 (WCC), S. 4.

<sup>4</sup> Für eine instruktive Kurzdarstellung dieses Problems siehe z. B. „Aid' to the Third World', the impossible development“ idac-document No. 2 (Institut d'action culturelle, Genève, o. J.).

<sup>5</sup> In neueren Dokumenten des ÖRK zeichnet sich im Blick auf die Ideologie-Frage ein deutlicher Wandel ab, z. B. in dem im August 1974 in Berlin von der Einheit „Glauben und Zeugnis“ diskutierten Text „Ideologies and the Ecumenical Movement“ oder die Formulierungen der Tagung „Faith and Ideologies“ im Mai 1975 in Cartigny (Study Encounter Vol. XI, No. 4, 1975). Dies sind aber erst Anfänge, die für Massenveranstaltungen wie die Vollversammlung noch ziemlich folgenlos bleiben.

<sup>6</sup> Ich beziehe mich hier vor allem auf die Reden des Generalsekretärs, auf Charles Birch „Schöpfung, Technik und Überleben der Menschheit“ und Michael Manley „Befreiung von Herrschaft und Unterdrückung“ sowie auf die Stellungnahmen von Jan Pronk „Zur Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung“ und S. L. Parmar „Überlegungen zur menschlichen Entwicklung“.

<sup>7</sup> Vgl. The Seventh Special Session of the General Assembly, 1.–16. September 1975, Round up and Resolutions (United Nations New York 1975); epd Entwicklungspolitik 10/75, S. 30–35; Mahbub ul Haq, „Traurige Bilanz: Mehr Hilfe ohne Hilfe“, epd Entwicklungspolitik 7/75, S. 10–15.

<sup>8</sup> Bericht aus Nairobi 75, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1976, S. 262.

<sup>9</sup> Was Informationsmaterialien anbelangt, so sei hier nochmals auf die von Kirche und Gesellschaft publizierte „anticipation“ hingewiesen, besonders z. B. auf No. 19, November 1974, Science and Technology for Human Development. The Ambiguous Future and the Christian Hope. Report of the World Conference in Bukarest 1974.

<sup>10</sup> Bericht aus Nairobi 75, a.a.O. S. 263.

<sup>11</sup> In der Bundesrepublik ist die Debatte um demokratische Kontrolle von Technologie und Wissenschaft schon in den sechziger Jahren von der Studentenbewegung aufgenommen worden. Man erinnere sich an Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“ (Suhrkamp 1968). Einen Versuch zur Popularisierung stellt in letzter Zeit das Rowohl-aktuell Magazin „Technologie und Politik“ dar. Vermutlich würde eine breitere Meinungsbildung über wünschbare gesellschaftliche Konzepte auch nicht mit dem geschriebenen Wort auskommen, sondern Kommunikationsformen erfordern, die andere Formen von Öffentlichkeit ermöglichen. Man denke an feed-back Rundfunkprogramme, wie sie 1968 in Prag ausprobiert wurden, öffentliche Verhandlungen

mit Fabrikleitungen oder der Regierung selbst (per Lautsprecher übertragen), wie sie nach Giereks Machtantritt aus Polen bekannt wurden, oder Nutzung von selbstproduzierten feed-back Filmen für kollektive Lernprozesse, wie sie Ende der sechziger Jahre von Hans Magnus Enzensberger im Kursbuch zur Diskussion gestellt wurden.

<sup>12</sup> So Mahbub ul Haq in epd Entwicklungspolitik 7/75.

<sup>13</sup> Die richtungsweisenden Ergebnisse von Montreux 1970 sind zusammengefaßt in der Dokumentation „Ungerechte Fesseln öffnen“ (ORK 1970). Den neuesten Überblick über die Entwicklungsdebatte gibt Richard Dickinson „Entwicklung in ökumenischer Sicht“ (Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1975).

<sup>14</sup> Das deutsche Wort „Kampf“ ist zur Übersetzung nicht sehr angemessen, weil es unglückliche Assoziationen hervorrufft. Zum Gehalt des Wortes ist daran zu erinnern, daß das Antirassismus-Programm „Program to Combat Racism“ heißt und daß der ORK ein „Programm zur Bekämpfung des Militarismus“ (Program to Combat Militarism) ins Auge faßt. Es handelt sich also um die aktive Bekämpfung konkreter Mißstände, insbesondere dessen, was M. M. Thomas in anderem Zusammenhang als „sündige Strukturen“ oder „corporate sin“ bezeichnet hat.

<sup>15</sup> Eigene Übersetzung aus dem Englischen, G. D.

<sup>16</sup> Zur weiteren Analyse siehe z.B. die Artikel in „Junge Kirche“ Januar und Februar 1976.

## Frauen auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi

VON VIOLA SCHMID

Daß die Kirche von Männern regiert werden soll, hätte noch vor einigen Jahrzehnten niemand zu bestreiten gewagt. Die Tradition wollte es so seit vielen Jahrhunderten. Wenn man jetzt auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi in einer Pressekonferenz die Frage hörte: „Wann wird eine Frau Erzbischof von Canterbury?“, dann sollte das keiner von den vielen Witzen zum Thema Sexismus sein, sondern eine ernstgemeinte Frage, über die vielleicht in hundert Jahren niemand mehr lachen wird.

Je mehr sich das Bewußtsein von der Gleichheit der Frau durchsetzt, desto mehr werden die Kirchen darauf aufmerksam und bemühen sich, Amt und Stimme an Frauen zu geben, die sich engagieren wollen. Bei der letzten Weltkirchenkonferenz in Uppsala waren von den Delegierten nur 9 Prozent Frauen, dieses Mal in Nairobi waren es 22 Prozent, die insgesamt eine Anzahl von 390 ausmachten. Welche Position hatten sie, wie groß ist ihr Einfluß wirklich?

Da gab es einmal den offiziellen Teil: Eines von den acht großen einleitenden Referaten war dem Thema gewidmet: „Die Frau in einer sich wandelnden